

Die Westmedien und der undankbare Ossi

Studie | Die Berichterstattung über Ostdeutsche in überregionalen Medien hat sich seit 1990 kaum verändert. Das negative Bild hat sich mit der Zeit verfestigt.

In diesem Jahr wird der 20. Jahrestag der Wiedervereinigung gefeiert. Wissenschaftler aus Ost und West haben untersucht, wie sich das Bild Ostdeutschlands und der Ostdeutschen in den überregionalen Medien verändert hat, und sind zu überraschenden Ergebnissen gekommen. Das deutsch-deutsche Päckchenmuster – der Westen gibt, der Osten nimmt – setzt sich in Zeitungen und im Fernsehen fort, erklärt der Jenaer Historiker Rainer Gries, der die Studie geleitet hat.

Herr Gries, wie hat sich das Bild des Ostdeutschen und Ostdeutschlands in den vergangenen zwei Jahrzehnten verändert?

Die Grundhaltung der überregionalen Medien, die überwiegend im Westen Deutschlands gemacht werden, hat sich von der friedlichen Revolution 1989 bis zur Mitte des letzten Jahrzehnts kaum verändert. Es ist ein Blick von oben nach unten – in je unterschiedlicher Ausprägung.

Gibt es den Medien-Ossi?

Nein, das wäre zu viel gesagt. Man findet unterschiedliche mediale Charakterisierungen von Ostdeutschen. Aber es gibt eine allgemeine Einstellung und die lautet: Wir sind die Einen, wir sind das Maß – und die Ostdeutschen sind die Anderen. Der Ostdeutsche ist derjenige Deutsche mit Defiziten und Schwächen, dem man helfen und den man womöglich auch tadeln muss. Selbstverständlich gestalten unterschiedliche Medien dieses Thema auf unterschiedliche Art und Weise.

Zum Beispiel?

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* beispielsweise sieht die Probleme der Vereinigung zumeist aus einer politischen Perspektive, also von oben. In den Kommentaren heißt es dann, vereinfacht gesagt: Wir Westdeutschen haben durch die Transferleistungen im Osten eine tolle Infrastruktur aufge-

baut, aber die Ostdeutschen bleiben unzufrieden, undankbar und ungerecht. Sie sind und bleiben politische Nostalgiker, die der DDR nachtrauern. Die alternative *tageszeitung* hatte einen anderen Zugang. Sie schaute sich Land und Leute genau an, beobachtete das Geschehen von unten. In den 90er Jahren veröffentlichte die *taz* gerne Reportagen über die Menschen vor Ort. Mit der Zeit aber stellten die Journalisten fest, dass die Ostdeutschen nicht von einer gesellschaftlichen Umgestaltung nach ihren Vorstellungen träumten. Das wohlwollende Interesse wich, als klar wurde, dass die ostdeutschen Revolutionäre nicht den Idealen der *taz*, sondern den Idolen der westdeutschen Konsumgesellschaft folgten. Die *taz* porträtierte Ostdeutsche daher häufig als von der Diktatur deformierte, autoritäre Persönlichkeiten.

Welche Vorurteile lassen sich ausmachen?

Nehmen wir ein Format aus dem Fernsehen: Fremdenfeindlich, unsicher, unbeweglich und unzufrieden – das sind Eigenschaften, die den Ostdeutschen im ARD-Magazin *Kontraste* zugeschrieben wurden. Ostdeutsche können sich nicht mit der Marktwirtschaft anfreunden, nicht mit Geld umgehen, sie kommen mit der Demokratie nicht klar, sie sind zu sehr mit der Heimat verbunden, sie sind unflexibel und undankbar. Diese Elemente tauchen in unterschiedlicher Zusammenstellung immer wieder auf. Es gibt nicht den Medientypus Ossi, sondern Eigenschaften, die ihm zugeschrieben werden. Das bedeutet übrigens nicht, dass im Westen irgendwelche Dunkelmänner eine Kampagne gegen den Osten steuern.

Auf welche Themen konzentriert sich die Berichterstattung über Ostdeutsche?

Es gibt Top-Themen, wenn es um den Osten geht. Eine Analyse zeigt, dass zumeist Gewalt und Kriminalität, Partei- und Innenpolitik sowie Ökonomie und Geschichte problematisiert wurden. Bei den Politik- und Wirtschaftsthemen erschienen ostdeutsche Regionen oft passiv: als Objekt politischer Aktivitäten des Westens oder als Empfänger von Zuwendungen. Und wenn es um Geschichte ging, dann dominierte die Staatssicherheit.

Selbstverständlich galt es, präzise und ausgiebig über die DDR-Diktatur zu berichten. Was wir aus unseren Erhebungen herauslesen können, ist jedoch, dass es an einer differenzierten Berichterstattung aus Ostdeutschland mangelt: Ostdeutsche sind demnach stets passive Figuren, denen aus Westdeutschland das Feuer ge-



Ein Riss geht durchs Land, auch durch seine überregionalen Zeitungen – Abbildung auf einem Reststück der Berliner Mauer. Foto: Vario Images

bracht wird. Das stimmt natürlich nicht, wenn man genauer hinschaut. Mit der Zeit verdichtete und verfestigte sich aber das negative Bild vom Ostdeutschen. Und auf dieses Wahrnehmungsmuster antworteten die Ostdeutschen bis heute.

Wie antworten sie?

Sie merkten bald nach der Wende, dass sie von bestimmten Medien in eine Form gepresst wurden und keine Chance hatten, als Menschen dargestellt zu werden, die ihr Schicksal mutig und aktiv in die Hand nehmen. Bald nach der Wende galten die Ostdeutschen nicht mehr als Subjekte ihrer Geschichte, sondern

als Objekte – der Westen musste ihnen Entwicklungshilfe leisten, so der Tenor.

Deswegen finden überregionale Medien im Osten nur wenige Leser oder Zuschauer?

Natürlich. Die überregionalen Medien spielen im Osten keine Rolle – im Gegensatz zur *Super Illu*, die hier top ist. Die Ostdeutschen wussten bald, dass sie in diesen Medien nicht in ihrem Sinne repräsentiert sind. Also konzentrierten sie sich auf die regionale Presse und auf die dritten Fernsehprogramme wie MDR oder RBB – die Heimatseher. Die Programme geben

ihnen bis heute Sicherheit und streicheln ihre Seele. Probleme werden ausgespart und die Vergangenheit, die vorgeführt wird, ist sozusagen ein „Kessel Buntes“.

Woran liegt es, dass über die Medien Vorurteile transportiert werden?

Es gibt eine Regel: Wenn ich etwas über den anderen aussage, sage ich im selben Atemzug auch etwas über mich selbst. Das, was die großen Westmedien bei den Ostdeutschen wahrnehmen, sind Fehler und Mängel, von denen sie glauben, dass sie sie überwunden haben: Dort sind inaktive,

autoritätshörige und jammern-de Ostdeutsche – wir im Westen aber sind das Gegenteil. Man spaltet das eigene Unerwünschte oder Überwundene ab – und schreibt es den Anderen zu. Das ist der sozialpsychische Sinn solcher Muster. Man kann daher aus der Art der Berichterstattung mehr über die westdeutschen Journalisten, ihre Leser und ihre Zuschauer herauslesen als über die Ostdeutschen.

Heißt das, ich mache andere schlecht und fühle mich dadurch besser?

Das wäre so zu einfach. Eine Gruppe schreibt einer anderen Gruppe etwas zu und bestätigt sich so selbst darin, anders zu sein. Daher lautet der Untertitel unseres Buches: „Das Bild von den Anderen nach 1990“. Die Vorstellung, dass der Westen besser ist, dass es ein Gefälle von West nach Ost gibt, dass der Westen gibt – und der Osten nimmt, ist nicht neu. Sie ist seit Kriegsende 1945 in den Köpfen der Menschen und regiert die deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte bis heute.

Woran wird das deutlich?

Denken Sie an die Westpakete. Über vierzig Jahre kommunizierten die Deutschen in Ost und in West auch über den Versand von Paketen. Auch hier finden wir das Muster wieder: Die Westdeutschen leben im Wohlstand und sind die Gebenden – die Ostdeutschen schauen voller Sehnsucht gen Westen und sie sind die Nehmenden, die dankbar sein sollen oder müssen. Das Schema, das wir nach 1989 in den Medien erkennen können, entpuppt sich als eine Fortsetzung des deutsch-deutschen Päckchenmusters! Diese Päckchenmentalität existiert bis heute. Zuweilen werden die Transferleistungen politisch in Frage gestellt – doch sozialpsychologisch gesehen, stabilisierte dieses Muster beide Seiten: Der Westen fühlte sich so immer wieder in seiner Position als potenter Wohltäter bestätigt – und der Osten kann auf Grund dieses seit einem halben Jahrhundert eingeübten Musters Forderungen gen Westen erheben.

Welche Forderungen?

Ich meine die politische Ebene. Die Transferleistungen von West nach Ost fügen sich so gesehen wie selbstverständlich ein. Die Medienlandschaft nach der friedlichen Revolution reproduzierte das hergebrachte deutsch-deutsche Muster des Gebens und des Nehmens. Das Päckchenmuster, oder anders gesagt: Das Schema hier Spender – dort Empfänger, ist die versteckte Grundstruktur, auf Grund derer ostdeutsche Politiker die Fortführung

von Transferleistungen aus dem Solidarpakt verlangen können.

Welche Auswirkungen auf das oft beschworene Zusammenwachsen hat die Berichterstattung?

Das Zusammenwachsen dauert länger, als man gerne glauben möchte. Zur Berichterstattung der Jahre nach der Revolution kommen noch die Erfahrungen der Nachwendezeit und die Erzählungen. Diejenigen Generationen, die die DDR nicht mehr selbst erlebt haben, erfahren die gegenseitigen Wahrnehmungsmuster nicht nur über Medien, sondern auch durch die Weitergabe in der Familie, im Freundeskreis und am Arbeitsplatz. Gleichwohl: Bei den Jüngeren schleifen sich allmählich die Vorurteile ab. Es gibt Nivellierungsprozesse, aber sie brauchen Zeit. Wir plädieren keineswegs für eine homogene gegenseitige Wahrnehmung. Im Übrigen verändert sich auch die Berichterstattung, keine Frage. Aber wir müssen Geduld aufbringen. Interview: Diana Unkart

Das Projekt

Wissenschaftler aus Jena, Leipzig und Wien haben untersucht, wie Ostdeutschland und Ostdeutsche in überregionalen Medien wahrgenommen werden. Dazu wurden die Inhalte der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Süddeutschen Zeitung*, der *tageszeitung*, des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* und des Fernsehmagazins *Kontraste* analysiert. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich auf anderthalb Jahrzehnte seit der Wende 1989/90. Der Kommunikationswissenschaftler und Historiker Rainer Gries, der an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Universität Wien und an der Sigmund-Freud-Privat-Universität Wien lehrt, war einer der Projektleiter. Erste Ergebnisse wurden jetzt veröffentlicht.

„Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990“ heißt das Buch, das Gries und seine Kollegen Thomas Ahbe und Wolfgang Schmale herausgegeben haben. Rainer Gries (52) ist in Westdeutschland aufgewachsen und hat in Freiburg im Breisgau studiert. Der Sozialwissenschaftler Thomas Ahbe (52) ist Ostdeutscher und arbeitet als Publizist in Leipzig. Der Historiker Wolfgang Schmale (54) stammt aus Würzburg und lehrt ebenfalls an der Universität Wien.



Rainer Gries war einer der Projektleiter.

Linksfraktion fordert Anhörung zum Erdfall

Umwelt | Rolle des ehemaligen Bergbaus soll untersucht werden

Erfurt/Tiefenort – Eine öffentliche Anhörung zu den Hintergründen des Erdfalls in Tiefenort hat die Thüringer Linksfraktion angeregt. Noch immer sei nicht abschließend geklärt, welche Rolle der frühere Bergbau im Wartburgkreis bei der Absenkung spielt, sagte der Linke-Abgeordnete Frank Kuschel gestern in Erfurt. „Die Landesregierung darf sich weiteren Untersuchungen in alle Richtungen nicht verschließen.“ Nach dem Erdfall mussten 13 Menschen ihre Häuser verlassen. Nach einem Gutachten des Landesamtes für Geologie ist das Unglück auf natürliche Auswaschungen in mehreren hundert Metern Tiefe zurückzuführen.

Die Betroffenen sind zurzeit bei Freunden und in Gemeindefamilien untergebracht. Das Ministerium prüft ihren Versicherungsschutz. In DDR-

Versicherungen, die meist nach der Wiedervereinigung fortgeschrieben wurden, sei Erdfall in der Regel aufgenommen, hieß es vonseiten der Landesregierung. Sie bot den Familien zudem zinsfreie Baudarlehen an. Sollte sich herausstellen, dass



Anwohner stehen an der Erdfall-Stelle in Tiefenort. Foto: Matz

der frühere Bergbau in der Region und das Einbringen einer Betonplombe mit einem Gewicht von 400 Tonnen den Erdfall verursacht hat, könnten die Betroffenen möglicherweise Schadensersatzforderungen an das Land stellen. dpa

Angeklagte im „Bandidos“-Prozess reagieren zunehmend aggressiv

Motorrad-Gang | Kronzeuge: Einbrüche zu Geldbeschaffung wurden toleriert

Erfurt – Im Prozess gegen Mitglieder der Motorradgang „Bandidos“ haben die Angeklagten die Aussagen eines Aussteigers gestern mit Wutausbrüchen quittiert. Einer erhielt 200 Euro Ordnungstrafe, weil er den Kronzeugen im Landgericht Erfurt als Lügner beschimpfte. Zuvor hatte der Vorsitzende Richter bereits den „Präsidenten“ des Motorradclubs mehrmals zur Ruhe ermahnt. Der Zeuge sagte, dass Gang-Mitglieder unter massivem Druck des „Präsidenten“ gestanden hätten. Von Anstiftung zu Straftaten wisse er nichts. Einbrüche zur Geldbeschaffung für Clubbeiträge, Ausrüstung und Geburtstage seien aber toleriert worden. Sechs Männer sind unter anderem wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt.

Die Mitgliedschaft im Club mit mehr als 100 Euro Beitrag,

Ausfahrten und Geschenken habe ihn monatlich rund 500 Euro gekostet, sagte der Aussteiger. Vor allem für die Hartz-IV-Empfänger sei das ein Problem gewesen. Daher seien fünf bis sechs Mitglieder regelmäßig zu Einbrüchen losgezogen. „Alle“ im Verein hätten davon gewusst, und manche hätten ihn auch nach dem Ausgang der Touren gefragt.

Tipps für Bordell-Gründung

Er sei aber nie zu Einbrüchen oder anderen kriminellen Geschäften angestiftet, sondern nur gefragt worden, ob er „das eine oder andere besorgen“ könne.

Wegen einer Einbruchserie läuft gegen mehrere Clubmitglieder ein weiteres Ermittlungsverfahren, in dessen Verlauf einige im vergangenen



Wenn vor dem Erfurter Landgericht gegen die Mitglieder der „Bandidos“ verhandelt wird, gibt es verschärfte Sicherheitsvorkehrungen. F: dpa

Sommer verhaftet worden waren. Tipps bekommen und umgesetzt habe er von „Bandidos“

bei der Gründung eines „Puffs“, sagte der Aussteiger.

Der Mann war nach eigenen Angaben zu den „Bandidos“ gestoßen, weil er sich Einnahmen aus kriminellen Geschäften erhoffte, die ihnen nachgesagt worden seien. Er stand zu diesem Zeitpunkt noch unter Bewährung nach einem Urteil von einem Jahr und drei Monaten Haft wegen Einbrüchen. Derzeit ist er in einem Zeugenschutzprogramm. Er wurde von drei Kriminalbeamten zum Prozess begleitet. Der Gerichtssaal wurde erneut von mehreren Dutzend Bereitschaftspolizisten geschützt, die Besucher scharfen Kontrollen unterzogen.

Angeklagt sind in dem Prozess sechs Mitglieder des in Weimar ansässigen Clubs. Ihnen werden zwölf Straftaten vorgeworfen, darunter versuchter Mord bei einer Messerstecherei in Weimar. dpa